

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

10-11/2021

November 2021

Angesichts der massiven Repression gegen die vom PKK-Verbot betroffenen Genossinnen und Genossen:

Die Solidarität mit allen demokratischen und revolutionären Gefangenen verstärken!

Die Repression gegen demokratische und linke Genossinnen und Genossen nimmt zu. Ein Markstein war ohne Zweifel, als sofort nach den Protesten gegen den G20 im Juli 2017 die seit vielen Jahren größte Verfolgungswelle gegen linken Protest und Widerstand begann. Immer häufiger werden Aktivistinnen und Aktivisten unter verschiedenen Vorwänden über viele Monate in Untersuchungshaft genommen. Bereits bei geringen Anlässen, die den Missmut der Repressionsorgane erregen, verhängen die Gerichte hohe Gefängnisstrafen. Das zeigen die Anklagen und Verurteilungen zu mehrjährigen Haftstrafen für Anti-Nazi- und linke Aktivitäten, aber auch gegen Proteste gegen Umweltzerstörung in den letzten Monaten. Dabei erfolgen Anklagen und Verurteilungen verstärkt aufgrund des §129a („kriminelle Vereinigung“). Dies ist immer wieder auch mit Isolierung der Gefangenen verbunden, um sie komplett aus ihren Zusammenhängen herauszureißen und fertig zu machen.

Besonders im Visier stehen hier in Deutschland Genossinnen und Genossen, die als Menschen mit Bezug zur Türkei, dem kurdischen Befreiungskampf oder auch anderen Ländern dort Befreiungskämpfe unterstützen. Unsere Solidarität mit allen demokratischen und revolutionären Gefangenen muss daher auch in ganz besonderer Weise die davon betroffenen Genossinnen und Genossen einschließen.

Verfolgungen und Repressionen wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland“ seit dem PKK-Verbot 1993

Am 26. November 1993 erfolgte das Verbot der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Deutschland. Auf die-

ser Grundlage fanden in den letzten 28 Jahren zehntausende von Strafverfahren statt. Grundrechte der in Deutschland lebenden Kurdinnen und Kurden wurden außer Kraft gesetzt, Demonstrationen und Kundgebungen verboten. Ihre politischen Aktivitäten werden vielen Kurdinnen und Kurden ohne deutschen Pass infolge des repressiven „Ausländerrechts“ zum Verhängnis.

Verurteilungen

antifaschistischer und linker Genoss:innen in den letzten Monaten – eine unvollständige Liste

- Januar 2021: Auf Grundlage des § 129b verhängte das OLG Stuttgart eine dreijährige Haftstrafe gegen Salih K.
- 12. April 2021: Am 12. April hat der 4. Strafsenat des OLG Celle den Aktivisten Nizamettin S. zu einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt, allein weil er sich angeblich im Rahmen der PKK politisch betätigt hätte.
- 30. April 2021: Vor dem OLG Stuttgart-Stammheim endete das das Hauptverfahren gegen fünf Aktivisten, die verdächtigt wurden, PKK-Mitglieder und für diese aktiv gewesen zu sein, mit der Urteilsverkündung: Veysel S.: 4 Jahre und drei Monate, Agit K.: vier Jahre, Özkan T.: 3 Jahre, Cihan A.: 1 Jahr und sechs Monate (auf Bewährung), Evrim A.: 1 Jahr und 6 Monate (auf Bewährung)
- 23. Juni 2021: Ella-Alle wird zu 2 Jahren und 3 Monaten Gefängnishaft ohne Bewährung verurteilt. Voraussichtlich im Januar 2022 beginnt die Berufungsverhandlung.
- 18. August 2020: Der Staatsschutzenat des Oberlandesgerichts (OLG) Koblenz verurteilte Mazhar Turan in einem §129b-Prozess zu einer Haftstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten. Er stand schon einmal vor Gericht und war wegen seiner politischen Aktivitäten vom OLG Celle im August 2016 zu einer Haftdauer von zwei Jahren und sieben Monaten verurteilt worden.
- 19. Juli 2021: Der Stuttgarter Genosse Findus, der wegen seiner antifaschistischen Aktivitäten zu zweieinhalb Jahren verurteilt worden war, hat seinen Haftantritt.
- 13. Oktober 2021: Im sogenannten Wasen-Prozess vor dem Landgericht Stuttgart gegen zwei Antifaschisten sind die Urteile gesprochen worden. Die 3. Strafkammer verurteilte Joel P. – genannt Jo – zu einer Haftstrafe von vier Jahren und acht Monaten, Diyar A. – genannt Dy – zu fünf Jahren und sechs Monaten. Verurteilt wurden sie wegen militärenten Vorgehens gegen Nazis von „Zentrum Automobil“ in Stuttgart.

Diese Liste ließe sich ohne Zweifel fortsetzen.

Einbürgerungen werden verweigert. Der Asylstatus wird wieder aberkannt, Menschen wird per Ausweisungsverfügung die Aufenthaltserlaubnis und damit jede gesicherte Lebensgrundlage in Deutschland entzogen. Das Verbot greift tief in das Leben der Menschen ein und hat bei vielen die Erfahrung hinterlassen, der Verfolgung in der Türkei entkommen zu sein, um in Deutschland wieder in einer Falle zu sitzen. Das betrifft ganz speziell Genoss:innen, die bereits in der Türkei im Gefängnis waren und dort auch gefoltert wurden. Mehrere Fälle sind dokumentiert, dass verurteilte Kurd:innen direkt an den Folterstaat Türkei ausgeliefert wurden (Zu drei dokumentierten Fällen siehe Focus 11/2017).

Im Oktober 2010 hat der Bundesgerichtshof (BGH) die PKK nicht nur als „kriminelle“, sondern auch als „terroristische Vereinigung im Ausland“ gem. § 129b StGB eingestuft. Damit wurden die Verfolgungen weiter verschärft. Zur Verurteilung genügt die angebliche Mitgliedschaft oder Unterstützung einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“. In welchem Umfang der § 129b gegen die kurdische Befreiungsbewegung angewendet wird, zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage: Allein beim Gene-

ralbundesanwalt wurden seit 2010 bis zum Sommer 2020 insgesamt 861 Ermittlungsverfahren gegen 970 betroffene Personen geführt. Von diesen wurden bis Anfang 2021 elf Verfahren mit 16 Beschuldigten zur Anklage gebracht. Diese endeten ausnahmslos mit Verurteilungen.

Erst am 20. September 2021 wurde aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters am Oberlandesgericht (OLG) Stuttgart der kurdische Aktivist Merdan K., der die deutsche Staatsangehörigkeit hat, verhaftet. Er wird beschuldigt, Mitglied einer „terroristischen Vereinigung im Ausland“ (§§ 129a/b) gewesen zu sein.

Bei alledem arbeitet die deutsche Klassenjustiz aufs engste mit dem türkischen Staat zusammen. So war das auch beim Münchener 129b-Verfahren gegen 10 TKP/ML-Genoss:innen. Da ließ sich das Gericht ganz offiziell von der Polizeidirektion Istanbul „Erkenntnisse“ zukommen und benutzte diese im Prozess als „Beweise“. Diese hatten Spitzel des türkischen Staats in linken migrantischen Organisationen in Deutschland gesammelt. Das war eine Rechtsgrundlage des Prozesses gegen die zehn Mitglieder der TKP/ML, der im Juli 2020 in München mit mehrjährigen Haftstrafen endete.

Isolation und Misshandlungen von Gefangenen in den Gefängnissen

Isolation ist ein Hauptmittel der Repression im deutschen Gefängnisystem. So mussten inhaftierte Genoss:innen der Danni-Proteste 23 Stunden allein in der Zelle verbringen und durften auch im Hof lange keine anderen Inhaftierten sehen. Ihnen wurden Briefe und auch Abos oder Bücher verweigert und mitgeschickte Fotos und Briefmarken nicht ausgehändigt.

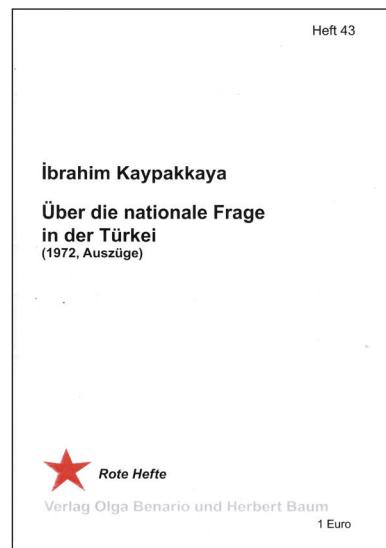
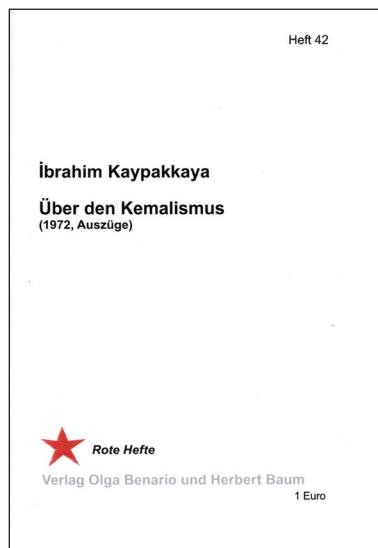
In besonderer Weise wird mit Isolierung und weiteren Schikanen gegen Gefangene mit Bezug zum Befreiungskampf in der Türkei bzw. in kurdischen Gebieten vorgegangen. So mussten die Genossinnen und Genossen im TKP/ML-Prozess ihre mehrjährige Untersuchungshaft lange unter Isolationshaftbedingungen verbringen, teilweise in „Hochsicherheitsgefängnissen“.

Ein krasses Beispiel, aber eben auch nur ein Beispiel ist Musa Aşoğlu, der sich im Hamburger Gefängnis Billwerder befindet. Er und Erdal Gökoğlu, der auch dort gefangen ist, wurden wegen § 129b verurteilt, Musa zu sechs Jahren und neun Monaten, Erdal zu fünf Jahren Haft. Vorgeworfen wird beiden die angebliche Mit-

Anzeige:



334 Seiten, 18 €,
ISBN 978-3-86589-065-8



Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Postfach 102051, D-63020 Offenbach
www.verlag-benario-baum.de / info@verlag-benario-baum.de

GEGEN DIE STRÖMUNG

Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

8-9/2021

September 2021

Gegen den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz:

Solidarität mit Ella und Lina!

Zurzeit versucht die Klassenjustiz des deutschen Imperialismus einmal mehr ganz gezielt Exemplar der Abschreckung gegen fortschrittliche, antinazistische und revolutionäre Aktivistinnen und Aktivisten zu statuieren. Aktuell geht es vor allem um zwei Beispiele: Eine Aktivistin gegen die Rodung des Dannenröder Waldes ver-schanzt sich auf einem Baum, damit er nicht gefällt werden kann. Die Polizei ver-sucht, sie mit lebensgefährlichen Aktionen vom Baum zu zerrn und herunterzu-schmeißen. Sie wehrt sich, klassische Notwehr. Was macht die Klassenjustiz dar-

gliedschaft in der DHKP-C, die in der Türkei aktiv ist.

Musa Aşoğlu wurde am 2. Dezember 2016 in Hamburg verhaftet und befand sich über 20 Monate in Totalisolation. Das heißt, er war 23 Stunden am Tag in der Zelle eingesperrt und durfte an keinen Gemeinschaftsaktivitäten im Knast teilnehmen. Besuche seiner Anwält:innen konnten anfangs nur mit Trennscheibe stattfinden. Gespräche mit anderen Besucher:innen wurden zusätzlich auch noch durch das Landeskriminalamt überwacht.

gegangen wird, zeigt sich am Beispiel des in Stammheim einsitzenden, nach §129b zu 4 Jahren und drei Monaten verurteilten Kurden Veysel S. Im November 2020 wurde er anlässlich eines geplanten Ärzt:innenbesuchs während des Transports von acht bewaffnete Polizist:innen schwer misshandelt. Veysel S. war an Händen und Füßen gefesselt und bewegungsunfähig gemacht worden. Seine Hände musste er in einen engen Sack stecken.

Dass die extreme Isolierung Mitte September 2020 endlich aufgehoben wurde, ist auch ein Erfolg der vor allem von der Roten Hilfe organisierten Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit! Die Schikanen, Zensurmaßnahmen usw. gehen aber weiter.

Ein Beispiel dafür, wie brutal gerade auch mit kurdischen §129b-Gefangenen in deutschen Gefängnissen umge-

Seine Arme wurden mit einem Gürtel am Körper fixiert. Wie ein Paket verschnürt wurde er auf einem Rollstuhl ins Sprechzimmer gefahren. Ein:e Dolmetscher:in war nicht anwesend, dafür weitere vier Polizist:innen. Unter diesen Bedingungen fand eine Behandlung nicht statt.

Solidaritätsaufgaben

Im Kampf gegen die staatliche Faschisierung ist es eine ganz besondere Aufgabe, den Blick auf das repressive System der Gefängnisse des deutschen Imperialismus zu richten. Dies ist ein Bereich, der weitgehend der Öffentlichkeit entzogen ist, ein Bereich, in dem Gewaltexzesse, Misshandlungen bis hin zu Folter, ungeheure Diskriminierung von Gefangenen aus anderen Ländern immer drastischere Ausmaße annehmen. Dabei gewinnen auch inhaftierte nazistische Kriminelle als Helferpotential des Gefängnispersonals zunehmend an Bedeutung.

Hier gilt es, insbesondere durch die Schaffung von Öffentlichkeit, der Faschisierung entgegenzutreten und Kämpfe gegen die Zustände in den Gefängnissen zu unterstützen, sowohl propagandistisch als praktisch.

Adressen demokratischer und linker Gefangener in Deutschland:

Yılmaz Acıl, JVA Augsburg-Gablenz, Am Fliegerhorst 1, 86456 Gablenz

Hüseyin Agar, JVA Koblenz, Simmerner Str. 14A, 56075 Koblenz

Musa Aşoğlu, JVA Billwerder Dweerlandweg 100, 22113 Hamburg

Mirza BILEN, Fliegerhorst 1, 86456 Augsburg-Gablenz

Gökmen Çakıl, Simmerner Str. 14 A, 56075 Koblenz

Mustafa Çelik, Am Fuchsberg 3, 28239 Bremen

Mazlum DORA, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Martin Eickhoff, JVA Stuttgart-Stammheim, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Nicole Grahlow, JVA Schwäbisch Gmünd, Herlikofer Str. 19, 73527 Schwäbisch Gmünd

Merdan K., Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Salih Karaaslan, JVA Rottenburg, Schloss 1, 72108 Rottenburg

Agit Kulu, JVA Stuttgart-Stammheim, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Thomas Meyer-Falk, JVA Freiburg c/o Sicherungsverwahrung, Hermann-Herder-Str.8, 79104 Freiburg

Abdullah Öcalan, Obere Kreuzäckerstr. 6, Frankfurt/M. I, 60435 Frankfurt/M.

Veysel Satılmış, JVA Stuttgart-Stammheim, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Özkan Taş, JVA Mannheim, Herzogenriedstr. 111, 68169 Mannheim

Mazhar Turan, JVA Dieburg, Altstadt 25, 64807 Dieburg

Mustafa Tuzak, JVA München, Stadelheimer Str. 12, 81549 München

UP Eins/Ella: JVA Preungesheim, JVA 3 z. H. UWP Eins, Obere Kreuzäckerstr. 4, 60435 Frankfurt am Main

UMP Neun/Mike, JVA Giessen, z. H. UMP 9/Mike, Gutfleischstr. 2 A, 35390 Gießen

Kamuran Yekta Vesek, JVA Stuttgart-Stammheim, Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart

Post an Dy: Rote Hilfe Stuttgart, Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart, Stichwort: Dy

Post an Danni-Gefangene*n in der JVA Rohrbach (Realnamen gibt es über freethemall.blackblogs.org)

Mörderisches Vorgehen gegen Geflüchtete in Polen und Libyen

• Seit Wochen werden Tausende Geflüchtete aus Afghanistan, Irak, Syrien und anderen Ländern an der Grenze zwischen Belarus und Polen unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten, lange Zeit und zu einem großen Teil noch immer im Freien, ohne Versorgung mit lebensnotwendigen Mitteln und ohne medizinische Versorgung. Mindestens zehn Menschen sind gestorben. Der polnische Staat will mit allen Mitteln den Grenzübertritt der Geflüchteten verhindern. 15.000 Soldaten wurden an der Grenze zusammengezogen, Grenzsperrungen mit Stacheldraht errichtet. Gegen Geflüchtete, welche sich dagegen wehren und dennoch die Grenze überqueren wollen, wird mit Wasserwerfern und Versprühen von Reizgas vorgegangen. Menschen werden brutal misshandelt. Bekannt geworden ist, dass sogar eine schwangere Frau, die es auf polnisches Gebiet geschafft hatte, 18-mal zurückgebracht wurde (FR 22.11.21). In Polen gibt es gegen dieses unmenschliche Vorgehen auch Proteste. Die Regierung hat das Betreten der sog. „roten Zone“, den drei Kilometer breiten Landstrich entlang der über 400 Kilometer langen Grenze zu Belarus komplett verboten. In den Wäldern dort verbergen sich Geflüchtete, welche die Grenze bis dahin überwunden haben. Meistens in der Nacht kommen solidarische Aktivist:innen zu ihnen und bringen lebensnotwendige Dinge zu den Menschen, die dort teilweise seit Wochen in eisiger Kälte ausharren.

Der Staat des deutschen Imperialismus steht ganz massiv hinter dieser Abwehr von Geflüchteten. Mit allen Mitteln wollen sie verhindern, dass Geflüchtete überhaupt einen Asylantrag stellen können. Die deutsche Regierung lehnt die Aufnahme von Geflüchteten kategorisch ab. An der Spitze der EU stehend üben sie darüber hinaus international auf andere Staaten massiven Druck aus, damit Geflüchtete die Grenzen zur EU wie z. B. die von Polen zu Belarus auf legalem Weg erst gar nicht erreichen können. Auf diesen Druck hin dürfen Menschen aus Irak, Afghanistan, Syrien oder Jemen nicht mehr von der Türkei aus nach Belarus fliegen. Die Botschaft von Belarus stellt für sie keine Visa mehr aus usw. Vollständig entrichtet werden Hunderte Geflüchtete von Belarus aus in Länder zurück deportiert, aus denen sie aus guten Gründen geflohen sind. Seit einigen Tagen gibt es in verschiedenen Städten Deutschlands Protestkundgebungen gegen die Verbrechen an den Geflüchteten in Polen. Diese gilt es zu verstärken!

• In Libyen werden schon seit Jahren Geflüchtete unter wahrhaft mörderischen Bedingungen festgehalten. Die herrschenden Cliquen dort haben dabei die Unterstützung mit Geld, Ausrüstungen und Frontex-Politik gerade auch durch die deutschen Imperialisten. Zirka 3.000 Flüchtende in Libyen demonstrieren aktuell vor dem UNHCR-Hauptquartier in Tripolis. Die Proteste begannen

Sehr wichtig ist der möglichst enge Kontakt von „drinnen und draußen“, gerade auch, um die Isolierung der Genossinnen und Genossen „drinnen“ zu durchbrechen. In der Sonderausgabe der Roten Hilfe vom 18.03.2021 heißt es unter der Überschrift „Solidarität muss praktisch werden! Schreibt den gefangenen Genoss:innen!“:

„Es ist wichtig, dass eine Bewegung ihre Gefangenen nicht vergisst – sie sind unsere Genoss:innen und brauchen unsere Solidarität! Deshalb ist es umso notwendiger, dass innerhalb der Bewegung die Unterstützung Gefangener, z. B. das Schreiben an sie, das Schicken von Paketen, der Besuch bei ihnen, wieder stärker in die breite Basis getragen wird. Das Schreiben er-

Anfang Oktober 2021 nach massiven Razzien und Verhaftungen von Flüchtenden in ihren Vierteln und Häusern. Die Demonstrierenden sind Überlebende von Folter, willkürlichen Verhaftungen, Verfolgung und Erpressung – massivste Menschenrechtsverletzungen, die in Libyen die Regel sind. Viele haben zudem gewaltsame Pushbacks nach Libyen überlebt. Angesichts der jahrelang andauernden Situation haben die Flüchtenden in Tripolis nun beschlossen, sich selbst zu organisieren und sich Gehör zu verschaffen. Die Protestierenden in Tripolis schreiben in einer Erklärung:

„Wir fordern die Behörden und die ganze Welt auf, uns als Menschen anzuerkennen und unsere Rechte zu respektieren und zu schützen. Die libyschen Behörden sollten das in Afrika geltende internationale Recht auf Asyl respektieren und anwenden. Wir sind Opfer von Bürgerkriegen, wir sind Opfer, die vor religiöser und politischer Verfolgung fliehen, unter uns sind Menschen, die ein menschenwürdiges Leben, Bildung und die Freiheit suchen, menschlich zu leben. Aber die italienischen Behörden und die EU-Mitgliedstaaten haben unser Leid nur noch verschlimmert, indem sie die libyschen Behörden und ihre Milizen öffentlich und im Verborgenen dafür bezahlen, uns in der Wüste, auf dem Meer und in grauenhaften Gefängnissen zu töten – all dieses sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

„Libyen ist heute ein Friedhof für Tausende unschuldiger Menschen auf der Flucht, Asylbewerber:innen und Einwanderer:innen, die vor unerträglichen Situationen in ihren Herkunftslandern fliehen. Die dahinterstehende Politik wird von den italienischen Behörden und den EU-Mitgliedstaaten vollständig akzeptiert und finanziert.“

„Wir fordern die italienischen Behörden und die EU-Mitgliedstaaten, die Libyens Verbrechen gegen Menschen auf der Flucht finanzieren, auf, dafür zu sorgen, uns in Zukunft nicht mehr zu schaden und unsere Rechte nicht länger zu verletzen. Und wir fordern sie auf, dafür zu sorgen, die Pushbacks in die unmenschlichen libyschen Knäste oder in die Herkunftsänder zu stoppen. Wir fordern ein Ende jeglicher Zusammenarbeit mit libyschen Behörden, um alle Gefängnisse in Libyen endlich zu schließen und unsere Brüder und Schwestern freizulassen, die dort unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert sind und erpresst, vergewaltigt, gefoltert und getötet werden.“ ([coyote-1] Alarm Phone Statement: Evakuierung jetzt! Unterstützt die Proteste von Flüchtenden in Libyen! 4.11.2021)

Unterstützen wir die gerechten Proteste und Kämpfe der Geflüchteten in Polen, Libyen und überall auf der Welt!

möglichst, mit ihnen in direkten Kontakt zu kommen, und sollte der erste Schritt sein.“

Quellen: Sonderausgabe der Roten Hilfe
18.03.2021, diverse Azadi-Pressemeldungen

